

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/45. Jahrgang

März 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

LaGa-Sonntagsöffnung vom Tisch

In vorausseilendem Gewinngehorsam beschloss der Magistrat, der Geschäftswelt zu den bereits vier verkaufsoffenen Sonntag vier weitere zu schenken.

Im Rahmen der Landesgartenschau (LaGa) sollten die Gießener Einzelhändler viel verkaufen und Gewinne machen, wenn schon auf den städtischen Haushalt Verluste in Millionenhöhe zukommen würden.

Der Gießener Einzelhandel lehnte ab gemeinsam mit der Allianz aus Gewerkschaften und Kirchen.

Was war der Grund: Den Geschäftsleuten, die eben rechnen können, war

klar, dass im heißen Sommer nur wenige Menschen gerne einkaufen gehen und die Besucher der LaGa nicht noch einen Einkaufsbummel dranhängen würden.

Außerdem hatte ver.di im Tarifkampf erreichen können, dass der Manteltarif und damit die Zusatzzahlungen bei Sonntagsarbeit erhalten werden konnte. Es würde also für Karstadt u.ä. teuer werden. (Gewiss ist auch zu sehen, dass manche Verkäuferin gerne einen Sonntagszuschlag genommen hätte.)

Nun verkündete die Bürgermeisterin Weigel-Greilich auf den Antrag von Michael Beltz (der gefordert hatte, auf



NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!



JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

**Am 25. Mai ~~X~~
DKP wählen!**

die zusätzliche Sonntagsöffnung zu verzichten) quasi als Erfolg der Regierenden:

Die vier Sonntage sind gestrichen. Die Allianz aus Kirchen und ver.di kann das Ergebnis als Erfolg verbuchen. Jetzt geht es darum, zumindest einen Teil der übrigen vier verkaufsoffenen Sonntage abzuschaffen.

Wenn Herr Tamme in der Gießener Allgemeinen Zeitung meint, die Allianz könne sich auflösen, so hat er die nächste Aufgabe nicht erkannt. M.B.

Inhalt:

EU-Wahl/Uniklinikum	S.2
hr: LaGa kein Lieblingsprojekt	S.3
Tarifrunde öff. Dienst/MdB-Diäten	S.4
Militärmacht Deutschland/Brecht	S.5
Genmais in EU/Gauck + Sotschi	S.6
Ostermarsch-Aufruf Frankfurt	S.7
Endkampf um Ukraine/Termine	S.8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Diese EU hat nichts mit "Freiheit" der Menschen zu tun

Ich kandidiere, weil...

am 25. Mai 2014 die Wahl für das Parlament der Europäischen Union stattfindet, nicht etwa, wie der Name „Europawahl“ suggeriert, die Wahl für ganz Europa.

Die Anfänge der EU gehen auf die 1950er Jahre zurück, als zunächst sechs Staaten die Europäischen Gemeinschaften gründeten. Eine gezielte wirtschaftliche Verflechtung sollte nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem aus der Sicht Frankreichs und Englands, den deutschen Imperialismus einbinden und seine erneute Expansion bremsen. Es kam alles ganz anders. Deutschland, als stärkste ökonomische Macht, entwuchs den Fesseln der EG und nutzte die Strukturen für sich. Dieser Taktik lagen zwei Einsichten zugrunde: Nach zwei verlorenen Weltkriegen war das Ziel, einen europäischen „Großwirtschaftsraum“ unter Führung des deutschen Imperialismus zu erreichen, in erster Linie ökonomisch und nicht militärisch zu bekommen. Außerdem sind im Zuge der immer weitergehenden weltweiten Verflechtung und Konzentration von Kapital supranationale Strukturen wie die EU eine Voraus-



Henning Mächerle, 45 Jahre, Angestellter, Betriebsratsvorsitzender, Kandidat der DKP zu den EU-Wahlen

setzung, um in der weltweiten Konkurrenz zu bestehen. Ein erster Höhepunkt dieser Bemühungen war der Vertrag von Maastricht von 1992. Die EG-Mitgliedstaaten gründeten die Europäische Union, die nun auch Zuständigkeiten in nicht wirtschaftlichen Politikbereichen (Verteidigung, Soziales etc.) besaß. Aber erst durch die gemeinsame Währungsunion und die Einführung des Euros in der EU konnte die deutsche ökonomische Überlegenheit voll wirksam werden.

Dazu kommt, dass nach diesem Schritt, der wesentlich der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit diene, ein logischer zweiter Schritt sich anschließt: den offensiven Einsatz von Militär. Dieser dient der Sicherung von Märkten, dem Zugang zu Rohstoffquellen und als Drohkulisse gegenüber Konkurrenten. Für die Lohnabhängigen der EU-Staaten bedeutet dies hohe Arbeitslosigkeit, Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen und Betrieben, Verarmung großer Bevölkerungsschichten und die Zunahme staatlicher Repression.

Die Gründung der EU und die Währungsunion haben nichts mit der „Freiheit“ der Menschen, sondern mit der des – vor allem – deutschen Kapitals zu tun.

Diese europäische Union ist nicht „reformfähig“, sie muss durch die Lohnabhängigen, im Interesse der Lohnabhängigen neu erkämpft werden!

Eine notwendige Voraussetzung für den Kampf, gegen dieses Europa der Banken und Konzerne, ist die Existenz starker kommunistischer Parteien, deshalb kandidiere ich für die Deutsche Kommunistische Partei.

Henning Mächerle

Uniklinikum: Die Rhön AG kassiert, das Land zahlt

Beim gemeinsamen Neujahrsempfang des Klinikums Gießen-Marburg (UKGM) und des Fachbereichs Medizin kam es heraus: Das Klinikum hat zwar rechnerisch im vergangenen Jahr 10 Millionen Euro Verluste gemacht, gleichzeitig hat es aber 40 Millionen Euro erwirtschaftet, die als Zinsen und Abschreibungen an den Eigentümer Rhön AG flossen. Damit liegt es bei den Erträgen bundesweit an der Spitze der Unikliniken. Bekanntlich sind in den Beträgen (Fallpauschalen und sonstige Gebühren), die von den Krankenkassen an Kliniken gezahlt werden, keine Anteile für Zinsen und Abschreibungen vorgesehen, das Geld ist nur für die Krankenversorgung berechnet. Für Investitionen und alle damit zusammenhängenden Kosten sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die Länder zuständig. Solche Summen sind nur zu erwirtschaften, wenn den Beschäftig-

ten Mehrleistungen abgepresst bzw. den Patienten Leistungen vorenthalten werden. Kein Wunder, wenn beide Personengruppen viele Gründe zum Klagen haben. Der Spiegel berichtete, am UKGM hätten sich seit der Privatisierung Anzahl und Schwere von Kunstfehlern gehäuft und veröffentlichte einige Beispiele. Von der Rhön AG wurde das umgehend dementiert und den Beschäftigten eine entsprechende Gegendarstellung zugemault. Über solche Kunstfehler gibt es keine belastbare Statistik, viele werden auch erst nach langwierigen Prozessen zugegeben. Deswegen wird der Spiegelbericht kaum zu beweisen sein, aber angesichts der ständigen Überlastung des Personals wäre auch das kein Wunder. Neuerdings gehört zu den Aktionären der Rhön AG die berühmte US-Bank Goldman-Sachs. Das Gesundheitswesen wird durch Privatisierung

zunehmend ein Spielball von Spekulanten. Während das Klinikum Millionenbeträge an seinen Besitzer abführt, hat der Fachbereich Medizin ein ständig steigendes Defizit. Der Grund dafür wird nirgends genannt, liegt aber auf der Hand: Viele Leistungen für Forschung und Lehre liefen im Klinikumsbetrieb mit und wurden durch die Einnahmen mitfinanziert. Jetzt müssen sie vom Fachbereich bezahlt werden, ohne daß die Landeszuweisungen entsprechend erhöht wurden. Auch noch andere Ausgaben fallen nach der Privatisierung zusätzlich an. Für Forschung und Lehre werden vom Land alte Häuser des Klinikums renoviert und umgebaut und zusätzlich ein Neubau errichtet. Früher wurden die Einrichtungen des Klinikums mitbenutzt. Das Land hat Mehrausgaben, die Aktionäre der Rhön AG haben den Gewinn – so funktioniert der Kapitalismus. Gernot Linhart

hr: LaGa kein Lieblingsprojekt der Gießener

Unerwartete Schützenhilfe bekamen die Landesgartenschau (LaGa)-Gegner von der Hessenschau (17.2.), in der festgestellt wurde, daß die LaGa mit ihren immensen Kosten keineswegs ein Lieblingsprojekt der Gießener ist. Während Geschäftsführer Wie-

„Saniert“ nennt sie die Fällung von 350 gesunden Bäumen, die Verschanzung der Wieseckau, die Zerstörung des Schilfgürtels am neuen Teich, die Beseitigung der Bogenbrücke und die Verhuzung des Schwanenteichs, dem jeglicher natürlicher Charme genommen wurde.

wieder auf ihrem alten Platz an der Ringallee stattfinden können; aber da die LaGa-Arbeiten weiter im Verzug sind, muß sie auf den Schwimmbad-Parkplatz ausweichen - wobei die dortigen Bäume ebenfalls gefällt werden.

Auch unter den städtischen Bediensteten mag keine Vorfreude aufkommen: der Vorschlag, am diesjährigen Betriebsausflug die LaGa zu besuchen, wurde rundweg abgelehnt. E.B.



Martina Lennartz (links im Foto) von der BI konnte sich, vom hr gefragt, sehr wohl vorstellen, daß der Vandalismus, den sie selbst ablehnt, Ausdruck des allgemeinen Unmuts gegen die LaGa ist, die das einzige innerstädtische Naherholungsgebiet umzäunt und alle Spaziergänger, Sportler und Erholungssuchende aussperrt.

Auch die „Kunstleitpfosten“, die immer wieder ausgerissen werden, kamen zur Sprache. Der Gedanke, daß sich die Menschen durch das Übermaß an Stangen, von denen einige durchaus nett gestaltet sind, belästigt fühlen, kam den Herstellern nicht.

mer sich über die neue Qualität des vielfältigen Vandalismus beklagte, machte Bgm. Weigel-Greilich in Zweckoptimismus: die Stimmung hätte sich zugunsten der LaGa gedreht – also gibt sie zu, daß sie vorher anders war? Und dann verstieg sie sich zu der Behauptung: der 1969 zum Hesse-Tag gestaltete Park (Wieseckau) sei komplett saniert worden.

Überhaupt herrscht nicht nur wegen des „Vandalismus“ einiges Chaos. Eigentlich sollte die Frühjahrsmesse



Auch so wird manipuliert

Seit einiger Zeit taucht wieder der Begriff „Fräulein“ auf, seltener als Anrede, mehr als Drohung mit erhobenem Zeigefinger gegenüber Mädchen - auch in Fernsehfilmen.

Verblüfft hat aber schon im Film „Vier Drillings sind einer zu viel“ (2012) die Anrede „Fräulein“ für eine erwachsene Frau, Mutter eines zweijährigen Kindes – und das nicht nur einmal, sondern konsequent durchgängig.

Die damals aktive Frauenbewegung hatte erreicht, daß in den 70er Jahren das „Fräulein“ auch im Amtsdeutsch verschwand.

Wie Kriege in "Verteidigung der Menschenrechte" umgedeutet werden, wird die Sprache auch hier reaktionärer -- selbst wenn es nur ein Mosaiksteinchen ist. Soll das Rad der Geschichte bis zum Mittelalter zurückgedreht werden?

LaGa-Anwohner haben gelitten

Für die Anwohner (Ringallee, Eichgärtenallee...) ist der Ärger programmiert. Zwar sollen eine Menge zusätzlicher Parkplätze geschaffen werden, ein Anwohnerparken o.ä. ist jedoch nicht vorgesehen. Ein Engpaß würde höchstens morgens um 10 Uhr entstehen, am frühen Nachmittag sei die Parkplatzsituation wieder entspannt, meinte Bgm. Weigel-Greilich auf eine Anfrage des Stadtverordneten Beltz am 20.2.. Bei Abendveranstaltungen - „an einer handvoll Tagen“ – sei schon ein Verkehrschaos möglich



Tarifrunde öffentlicher Dienst 2014: Beschäftigte nicht wieder als Sparschweine missbrauchen

Die Tariff Kommission von ver.di hat die Forderungen für die Beschäftigten beim Bund und der VKA (Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber) aufgestellt: 100 Euro mehr im Monat für alle Beschäftigten, plus 3,5% Erhöhung der Entgeltzahlungen, 30 Tage Urlaub bei Bund und KVA, sowie Übernahme der Auszubildenden. Was leider fehlt, ist eine Begrenzung der Laufzeit, wie sie z.B. die Beschäftigten der Kreisverwaltung Gießen (auf 12 Monate) forderte, die zudem einen deutlich höheren Sockelbetrag von 250 Euro für notwendig erachtet.

Außerdem wurde thematisiert: bessere Arbeitsbedingungen (der stete Personalabbau schlägt sich längst nieder in mehr Stress), Überforderung (ständige zusätzliche Aufgaben u.a.m. führen zu einem hohen Krankenstand) sowie eine Überalterung bei den kommunalen Beschäftigten besonders beim Landkreis Gießen. Die bundesweit gestellte Forderung birgt die Gefahr der Spaltung in sich.

Die niedrigeren Einkommensgruppen brauchen einen Sockelbetrag, während die höheren Einkommensgruppen eher eine prozentuale Erhöhung befürworten. Es ergibt sich, dass die nun gestellte Forderung z. B. in der Entgeltgruppe 2 (Reinigungskräfte) eine Erhöhung je nach Stufe von 164 bis 173 Euro, in der Gruppe 5 (Verwaltungs- und Büroangestellte) 173 bis 193 Euro und in der Gruppe 11 (Sozialarbeiter) von 203 bis 260 Euro bedeutet. Damit liegen diese Beträge mehrheitlich schon deutlich unter der Forderung des Sockelbetrages 250 Euro von ver.di Mittelhessen. Terminiert für eine erste Runde ist der 13.3., danach soll am 20./21.3. und dann am 31.3./1.4. fortgesetzt werden. Alles scheint auf einen schnellen Abschluss hinzudeuten. Schließlich will ja auch die Große Koalition in Berlin Ruhe an der Tariffront haben. So erscheint es logisch, dass an der Basis Forderungen aufgestellt werden, die dann von der

Spitze entscheidend gedeckelt werden. Und wenn dann noch die Kröte der längeren Laufzeit geschluckt werden muss, wie zu befürchten steht, wird dies eine Tarifrunde nach Geschmack der öffentlichen Unternehmer, während die Beschäftigten mal wieder als Sparschweine missbraucht werden. Die DKP Gießen fordert eine starke Betonung auf den Sockelbetrag in Höhe von 100 Euro, kein Unterschreiten der prozentualen Forderung, sowie die Begrenzung der Laufzeit auf 12 Monate und Übernahme aller Auszubildenden. Ansonsten hätte es ver.di gut angestanden, die geplanten Erhöhungen für Abgeordnete des deutschen Bundestages als Lohnleitlinie zu nehmen, um dieses Jahr und dann auch 2015 jeweils rund 5% mehr zu bekommen. Dann hätte die Forderung für die Beschäftigten beim Bund und der VKA lauten müssen: 10% pro Jahr, damit dann auch 5% pro Jahr als endgültiger Tarifabschluß rauskommen. H.R.

Bundestagabgeordnete : Geld stinkt nicht

Der Bundestag hat eine Diätenerhöhung um schlappe 10% (in Worten: zehn!) beschlossen. Demnach sollen die Bezüge der sogenannten Volksvertreter um 830 Euro auf dann 9082 Euro steigen. Die Erhöhung sei "angemessen", erklärte dazu der CDU-Abgeordnete Bernhard Kaster. Schließlich trügen die Parlamentarier eine "große Verantwortung", viele leisteten "Kärnerarbeit".

Kasters Parteifreund, Thomas de Maizière, hatte die Forderungen der Gewerkschaften für die diesjährige Tarifrunde im öffentlichen Dienst, als "maßlos überzogen" zurückgewiesen. "Niemand kann sich einen solchen Abschluß leisten", hatte der Innenminister getönt... Deren derzeitige Gehälter liegen auch nicht bei 8000, sondern teilweise nur bei 2000 Euro, obwohl sie auch eine "große Verantwortung" tragen und viele von ihnen, beispielsweise Altenpfleger und Krankenschwestern, "Kärnerarbeit" leisten. Ihnen dafür Löhne zu zahlen, von denen sie auch leben können, halten

"Volksvertreter" und Regierung für »maßlos überzogen"...

Den Hartz-IV-Satz haben diese Leute auf 391 Euro monatlich für einen Erwachsenen festgelegt. Wahrscheinlich gehen die Damen und Herren



Abgeordneten davon aus, daß die meisten ALG-II-Empfänger keine "Kärnerarbeit" leisten. Aber daß diese 391 Euro weniger als die Hälfte allein der Erhöhung der Bezüge sind, die die Politiker für sich selbst als notwendig zum Leben erachten, ist schon ein delikater Tatbestand. Übrigens bei weitem nicht der einzige, der den aktuellen Griff in die Gold-

schatulle so unverschämt erscheinen läßt. Gerade wurde die Meldung verbreitet, daß die Reallöhne in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um 0,2% gesunken sind. Natürlich wird so getan, als sei das zufällig eben mal passiert. Dieses seit Jahren sich abwechselnde Absinken und Stagnieren der Reallöhne ist jedoch in Wirklichkeit Ergebnis der Wirtschaftspolitik dieses Landes, die in eben diesem Parlament beschlossen wird. Zwischen 2001 und 2009 war Deutschland das einzige EU-Land mit ständig sinkenden Reallöhnen. Die "Volksvertreter" hatten das Volk im Bunde mit den Industrieverbänden auf "Gürtel enger schnallen" gesetzt, damit die Exporte florieren. Inzwischen ist auch dieses Konzept exportiert worden. In zwölf der 28 EU-Staaten droht dieses Jahr ein Reallohnverlust. Da will man als Abgeordneter nicht reingerissen werden. Dann schon lieber "Kärnerarbeit" beim Zulangen. Geld stinkt nicht. (aus "junge Welt", 21.2.2014)

Militärmacht Deutschland

Bundespräsident Gauck forderte auf der sog. Münchener Sicherheitskonferenz von Deutschland, mehr globale Verantwortung zu übernehmen, auch mit dem Einsatz von Soldaten. Militärische Zurückhaltung bedeutet für ihn das Wegsehen von den Übeln dieser Welt, und das ist bekanntlich unchristlich. Als Bundespräsident Köhler dazu aufrief, Rohstoffnachschub und Handelswege militärisch zu schützen, musste er zurücktreten.

Jetzt gibt es von den führenden Koalitionspolitikern nur noch selbstverständliche Zustimmung. Von der Leyen und Steinmeier sagen unisono, dass wir uns in Afrika mehr engagieren müssen. Köhler hatte sich zu eindeutig vorgewagt,

dass Krieg am Hindukusch deutsche Landesverteidigung ist. Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) hatten da auch mit ihren Parteien große Schwierigkeiten. Darauf beschlossen sie, dass da eine moralische Unterfütterung her muss. Nun, ein Kriegsgrund hat sich bisher in der Geschichte noch immer gefunden, Raub der schönen Helena durch den Trojanerprinzen Paris oder nicht existente Chemiewaffen im Irak. Diesmal also: Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Marktwirtschaft. Allerdings, eine demokratische Mehrheit dafür, dass Deutschland in den Krieg zieht, war nicht vorhanden. Soziale Marktwirtschaft heißt Kapitalismus und der sorgt in einem reichen Land wie



da unterstützte der Westen ja noch islamistische Taliban und rief lautstark: „Russen raus!“ Heute herrscht in Afghanistan ein korruptes Regime, die Taliban gewinnen an Boden, der Opiumhandel blüht.

Egal was sich die Gauck und ihresgleichen einbilden, um ihre hochmoralischen Argumente geht es nicht, wenn sie eine stärkere globale Rolle Deutschlands in aller Welt fordern. Das hat Tradition: Um 1900 hatte das Kaiserreich mit England und Frankreich wirtschaftlich gleichgezogen, war aber für den Kolonienraub zu spät dran. Da forderte Reichskanzler Fürst Bülow den „Platz an der Sonne“, Deutschland sei wirtschaftlich ein Riese, aber politisch ein Zwerg. Die erste Runde im Kampf um die Weltmacht ging bekanntlich verloren, das Nazi-Reich setzte auf Revanche und verlor noch viel gründlicher. Adenauers Deutschland rüstete gegen den Willen des Volkes auf, schluckte Ostdeutschland und ist nun dabei, die Führerschaft in der EU zu übernehmen, um entsprechend der Abmachung von Lissabon 2000 den dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt anzuführen. Klaus Mewes



Gauck bringt das alles etwas pastoral verbrämter. Militärischer Einsatz als Auftrag der Moral.

Erinnern wir uns: Die von Schröder/Fischer befohlenen Kriegseinsätze in Jugoslawien und Afghanistan werden von der großen Mehrheit der Deutschen abgelehnt. Diese Mehrheit sieht nicht ein,

Deutschland zunehmend für Elendslöhne und Altersarmut. Fischers Lieblingsargument wurde die Verteidigung „der Würde und der Rechte der Frauen“, Mädchen die Möglichkeit zu geben, Schulen zu besuchen. Das hatten afghanische Kommunisten mit Hilfe sowjetischer Soldaten zwar auch schon erstrebt, aber

Das Lied von der Suppe (Das Lied vom Ausweg)

Wenn du keine Suppe hast
Willst du dich da wehren?
Da musst du den ganzen Staat
Von unten nach oben umkehren
Bis du deine Suppe hast.
Dann bist du dein eigener Gast.
Wenn für dich keine Arbeit zu finden ist
Da musst du dich doch wehren!
Da musst du den ganzen Staat

Von unten nach oben umkehren
Bis du dein eigener Arbeitgeber bist.
Worauf für dich die Arbeit vorhanden ist.
Wenn man über eure Schwäche lacht
Dürft ihr keine Zeit verlieren
Da müsst ihr euch kümmern drum
Dass alle, die schwach sind marschieren
Dann seid ihr eine große Macht.
Worauf keiner mehr lacht.

Bert Brecht

EU läßt neuen Genmais zu

So funktioniert die EU: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Anbau genveränderter Pflanzen ab. Die meisten wollen auch kein genverändertes Tierfutter, sie würden keine Milch und kein Fleisch kaufen, wenn solches Futter auf der Verpackung deklariert werden müßte. Im EU-Ministerrat wurde jetzt über den Genmais 1507 des US-Konzernes Pioneer Dupont abgestimmt. Von 28 Staaten stimmten nur 9 dafür. Von den anderen enthielten sich viele,

darunter die BRD, deswegen kam keine Mehrheit der Gegner zustande. Die Enthaltung erfolgt wahrscheinlich, weil wegen der laufenden Verhandlungen über ein Transatlantisches Handelsabkommen (siehe Echo 02/14) die US-Regierung nicht verärgert werden sollte. Gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung und gegen einen Beschluß des machtlosen EU-Parlaments wird die zuständige EU-Kommission den Anbau dieses Maises zulassen. Er



Redaktionsschluß für das April-Echo: Di., 19.03.2014

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 15 € IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, Sparkasse Gießen, Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:.....

Adresse:

.....

e-mail:

Tussy Riot hatten ihren Auftritt in Sotschi Gauck verzichtete

Wegen „Menschenrechtsverletzungen“, insbesondere wegen der Kriminalisierung von Homosexualität, hatte Bundespräsident Gauck auf einen Besuch der Olympischen Spiele verzichtet.

Im vergangenen Jahr hatte Rußland ein Gesetz verabschiedet, das die „Propagierung nichttraditioneller sexueller Beziehungen vor Minderjährigen“ unter Strafe stellt.

Tatsächlich lehnen 80% der russischen Bevölkerung gleichgeschlechtliche Beziehungen ab. Insbesondere mit dem wachsenden Einfluß der Kirche und der Propagierung des Zarenzeit ist diese Zahl enorm gestiegen; 2005 waren es „nur“ 59%.

Leider stehen sie damit in der Welt

weist zwei Merkmale auf: Er produziert in allen Pflanzenteilen ein Gift gegen den Schädling Mais-Zünsler und ist immun gegen das Pestizid Glufosinat. Beide Eigenschaften sind nicht ohne Risiken, wie der Anbau dieser Pflanze und anderer genveränderter Arten in vielen Ländern der Welt gezeigt hat. Gegen das Gift entwickeln Mais-Zünsler innerhalb weniger Jahre Resistenzen während es anderen Insekten langfristig schadet. Außerdem können die Eigenschaften, auch die Pestizid-Resistenz, durch Pollenflug und Bestäuberinsekten auf andere Maiskulturen und eventuell auch auf verwandte Pflanzen übertragen werden. Den Menschen in der EU bleibt nichts anderes übrig, als sich gegen den unerwünschten Anbau in ihrem Land zu wehren.

Gernot Linhart

UZ unsere zeit
sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche
Antikriegszeitung

Wochenzeitung der DKP

10 Wochen
kostenlos testen

CompressVerlag, Hoffnungs-
 Str. 18, 45127 Essen

Aufruf zu Frankfurter Ostermarsch 2014

Krieg löst keine Probleme/Die Waffen nieder – 2014 so aktuell wie 1914

In diesem Jahr jährt sich zum hundertsten Mal der Beginn des ersten Weltkrieges, eines vom Deutschen Kaiserreich gewollten Krieges. Dagegen gab es bereits damals eine massive Anti-Kriegs-Stimmung. Die vor 1914 verbreitete Parole „Die Waffen nieder“ gilt für uns auch heute noch. Wir wollen zu Ostern 2014 deshalb Position beziehen für Frieden, Abrüstung und friedliche Problemlösung. Wir wollen zeigen, dass wir aus der Geschichte gelernt haben, damit sich diese nicht wiederholt.

Wir demonstrieren zu Ostern gegen eine Politik, die auf neue Großmachtstärke setzt, womit weltweit vorhandene, kriegerische Konflikte verschärft werden.

Rüstung und Militär verschlingen Ressourcen, die insbesondere für soziale und ökologische Herausforderungen dringend benötigt werden.

Wir fordern deshalb:

- * keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- * Stopp aller Waffenexporte, stattdessen Rüstungskonversion
- * Bundeswehr raus aus Schulen und Arbeitsagenturen, keine Rüstungsforschung an Hochschulen
- * Ächtung und Abschaffung von militärisch genutzten Drohnen, Atomwaffen, Uranmunition und Landminen
- * Friedensinitiativen in Krisenregionen anstatt militärischer Drohgebärden
- * Schutz für Menschen, die von Krieg, Übergriffen und Diskriminierungen in ihrer Heimat betroffen sind und eine humane Lebensperspektive suchen
- * eine freie, demokratische und offene Gesellschaft ohne Massenüberwachung

*Was lernten die Deutschen aus dem ersten Weltkrieg?
Die Vorbereitung auf den zweiten.*

*Was lernten die Deutschen aus dem zweiten Weltkrieg?
Ja was glauben Sie wohl?*

(Rudolph Bauer)

Liebe Leserinnen und Leser,

wir bedanken uns herzlich für alle eingegangenen Spenden und bitten nochmals um Überweisung der Abo-Gebühren und um weitere Spenden. Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Diese Bitte richtet sich auch an unsere On-line-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Wir erinnern: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden. Das Finanzamt erstattet 50% des gespendeten Betrages.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70,

*Es grüßt mit herzlichem Dank
Die Echo-Redaktion*

Notschließdienst. Der Neoliberalismus wirkt immer und überall. So auch bei den sog. Notschließdiensten. Als ich mich versehentlich ausschloss, bat ich bei einer entsprechenden Firma vor Ort um Hilfe. Zu meiner Verwunderung erschien jedoch ein Monteur aus einer anderen Stadt. Dieser konnte mir aufgrund meiner Notlage den Preis seiner Dienstleistung gerade am Wochenende diktieren. Diese betrug nach wenigen Minuten Arbeit einschließlich der nicht geplanten Anreise 473,62 €. Wie soll das z.B. ein Hartz IV- oder Grundsicherungsempfänger bezahlen. Ihnen bleibt dann nur ein Platz auf der Parkbank oder unter der Brücke. Meine Rechtsschutzversicherung und die Polizei versicherte mir, dass solche Abzockereien keine Seltenheiten sind. Gegenwehr ist sinnvoll. Grundsätzlich müssen solchen kriminellen Machenschaften gesetzlich verboten und bekämpft werden! Uwe Moldenhauer

Leserbriefe

Kliniksprofite: Im letzten GE wurde berichtet, wie in der Uni-Klinik nach dem Profitprinzip behandelt wird. Ergänzend muss m. E. gesagt werden, dass diese Logik nach offiziellen Statistiken sich bundesweit in 19.000 tote Patienten jährlich niederschlägt. Von einem hippokratischen Eid ist weit und breit nichts zu sehen! Nicht viel anders verhält es sich im zunehmenden Maße bei den sog. niedergelassenen Ärzten, es sei denn, man ist privat versichert. Bei einem großen Teil dieser Ärzte handelt es sich schlichtweg um Arbeitsverweigerung. Wissenschaftliche Arbeit scheint bei den vielfältigen Diagnosen bei den gleichen Symptomatiken kein Zufall zu sein. Das sog. Hausarztmodell beschert ihnen Zusatzgewinne. Untersuchungen finden häufig gar nicht statt, obwohl sie bei den Krankenkassen abgerechnet werden! Viele Ärzte wollen zusätzliche Profite machen, indem sie mit diesem Modell Kunden an sich binden wollen (Krankenkassen wie IGB und DAK haben mir dies telefonisch bestätigt). In Cuba ist keine Krankenkasse nötig, jede Behandlung ist kostenlos und kompetent!

Dasleys Torres (Cuba)
Falk Moldenhauer

Kirchliche Träger. Aus aktuellem Anlass würde ich mich freuen, wenn Ihre Redaktion wie in der Vergangenheit ein erneutes Engagement aufweist, Kinder und Jugendliche nicht nur in die Hand von kirchlichen Trägern zu geben. Der Caritas Verband Gießen ist derzeit der einzige Träger, der das sog. Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge anbietet und seitens der Stadt Aufträge bekommt. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Plätze von einer Gruppe mit 9 Jugendlichen auf insgesamt 5 Gruppen mit 9–12 Jugendlichen gestiegen. Es ist zu erwarten, dass, wenn noch weitere Plätze notwendig werden, diese ebenso wieder in die Hand von Caritas gegeben werden. Zudem sehe ich es kritisch, eine solch große Verantwortung, nämlich die politische Auseinandersetzung und Gestaltung mit dem Thema Flucht und Migration allein bei einem kirchlichen Träger zu lassen. Der Umgang auf Augenhöhe mit Flüchtlingen wird ausbleiben, unsere Stadt wird einseitig von der christlichen Opfer-Retter-Mentalität beeinflusst. Zudem sollte es eine Wahlmöglichkeit geben, insbesondere für nichtgetaufte Sozialpädagogen oder Sozialpädagogen mit Migrationshintergrund, auch eine echte Chance auf unbefristete Einstellungen zu bekommen und keine befristeten Scheineinstellungen zum Vorzeigen.NN

Endkampf um die Ukraine?

Im deutschen Bundestag tobte der Mob. CDU/SU, SPD und Grüne hetzen zum Umsturz in der Ukraine. Während die ukrainischen Faschisten zum bewaffneten Kampf übergehen, fordert der Bundestagspöbel den „Verzicht auf Gewalt“ – von der ukrainischen Regierung. Die Eskalation der Gewalt in Kiew erfolgt nicht zufällig nach dem Besuch Klitschkos und seines Kumpanes von der Nationalpartei in Berlin.- Jeder, der sehen will, sieht, dass in der ukrainischen gewalttätigen Opposition die Faschisten die Initiative übernommen haben. Im Bundestag blieb es allein der Linkspartei vorbehalten, darauf aufmerksam zu machen, wofür sie von den Pogromhetzern der Grünen heftig attackiert wurde. Die scheinheiligen Gesänge über Demokratie und Freiheit kaschieren nur noch notdürftig das deutsche Gebrüll nach Vorherrschaft über die Ukraine.

Falls der Coup gelingt, werden sich die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger in einer noch schlechteren Lage finden, als sie es schon sind. Eine Putschregierung wird nicht stabile politische Verhältnisse bedeuten. Die EU-deutschen Vorgaben sind eine weitere bedeutende Absenkung des Lebensniveaus der Massen durch sogenannte Reformen, wie sie aus den osteuropäischen EU-Staaten, Griechenland, Irland und Portugal schon bekannt sind, bis hin zum Zusammenbruch der medizinischen

Versorgung und zum Hunger. Es entsteht die Gefahr eines Auseinanderreißen des Landes nach dem Beispiel Jugoslawiens. Und der nächste Happen ist, ohne dass im Moment die deutschen Expansionisten davon sprechen, schon im Visier: Moldawien.

Ruhige politische Verhältnisse unter ihrer (konkurrierenden) Dominanz sind für die Herrschenden in der BRD und den USA nicht die einzige Option. Ein beständiger Unruheherd an den russischen und weißrussischen Grenzen und in den Kaukasus hinein könnte für ein weiteres Ausgreifen auf diese Staaten sogar vorteilhafter sein.

Hier ist nicht mehr von Afghanistan oder Syrien, von Mittlerem und Nahen Osten die Rede. Die Kriegsgefahr wächst auch in Europa. Sie ist die unerbittliche Konsequenz imperialistischer Anmaßung, Einmischung und Aggression. Der Imperialismus ist auch eine Bedrohung der Völker Europas, der Bürgerinnen und Bürger in den imperialistischen Hauptländern wie Deutschland selbst.

„Das haben wir nicht gewollt!“? – Das genügt nicht. Das haben so viele Menschen in Deutschland im 20. Jahrhundert zweimal gesagt. Zweimal zu spät. Notwendig ist zu sagen: Das wollen wir nicht! – Und es den Kriegstreibern der bürgerlichen Parlamentsparteien so nachdrücklich zu sagen, dass sie es berücksichtigen müssen!

der ganze Artikel steht hier: <http://news.dkp.de/2014/02/endkampf-um-die-ukraine/>

Widerstand gegen Hartz IV

montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Unserem Genossen

Gernot Linhart

wünschen wir zu seinem 70. Geburtstag nur das Allerbeste. Zu diesen Wünschen gehören viele Reisen in unerforschte Gebiete, Langlauf ohne Siegerambitionen und Dein unermüdlicher Einsatz für unsere Partei. Du bist nun wahrlich kein Schwätzer sondern ein Handelnder.

Dein Handeln umfasst hoffentlich weiterhin viele Artikel für das Echo. So wünschen wir Dir auch weiterhin Gesundheit, Durchhaltevermögen und einen geschulten Kopf.

Gießen, im März 2014

Deutsche Kommunistische Partei
Kreisorganisation Gießen

Vormerken! Mai-Veranstaltung der DKP

am Samstag, dem 26. April,
um 19 Uhr, im Café Amelie
mit Arbeiterliedern von



Achim Bigus

news.dkp.de / dkp-giessen.de



**UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST der DKP**
27.-29. Juni 2014
Dortmund
Revierpark Wischlingen



**Samstag, 28. Juni,
auf der Hauptbühne:
Konzert mit
Konstantin Wecker**

**Spendet für das
Fest der Solidarität!**

Spenden bitte an: DKP-Partei Vorstand
Konto-Nr.: 4002 487 501
GLS Bank Bochum, BLZ 430 609 67
Stichwort: "UZ-Pressfest"